

**Stephan Detjen
Maximilian Steinbeis**



DIE ZAUBER- LEHRLINGE

*Der Streit um die Flüchtlingspolitik
und der Mythos vom Rechtsbruch*



Klett-Cotta

anderen (meist ältere Herren, aber immer öfter auch wieder jüngere), der Bezüge zur Ostbiografie Angela Merkels mit einer vielsagend hochgezogenen Augenbraue notiert. Hat die Frau aus dem Osten wirklich verinnerlicht, was es mit Recht und Gesetz in der Bundesrepublik so auf sich hat?

Zurück aus Moskau

Als Horst Seehofer von der »Herrschaft des Unrechts« sprach, war er selbst gerade von einer Reise in den Osten nach Bayern zurückgekehrt. Es war eine Reise, die viel aussagte über das Selbstverständnis bayerischer Ministerpräsidenten im Allgemeinen und Horst Seehofers im Besonderen: Der CSU-Vorsitzende war in Moskau gewesen, wo er sich mit Vladimir Putin getroffen hatte. Seehofer reiste in den breiten Fußstapfen seiner Vorgänger, die in der CSU bis heute der Maßstab für das politische Kampfgewicht sind, das die Partei von ihren Vorsitzenden erwartet. Edmund Stoiber war am Ende seiner Amtszeit mit ungewöhnlichem Pomp im Kreml verabschiedet worden: Zu Ehren des bayerischen Ministerpräsidenten hatte Putin 2007 die berittene Präsidentengarde in historischen Uniformen aufgaloppieren lassen. Und dann war da natürlich Franz Josef Strauß gewesen. 1987 hatte er seinen Charterjet eigenhändig nach Moskau gesteuert, um Michail Gorbatschow zu treffen. Bei der halsbrecherischen Sturzfluglandung auf dem verschneiten Flughafen Scheremetjewo musste die mitreisende halbe CSU-Führung Todesängste ausstehen. Die Reise gehört bis heute zu den Heldenepen, die am Rande von CSU-Parteitag und an den Stammtischen bayerischer Dorfgasthäuser von einer politischen Generation zur nächsten weitergetragen werden. Aus solchem Holz müssen CSU-Vorsitzende und bayerische Landesväter geschnitzt sein.

Knapp 20 Jahre später stand also wieder ein bayerischer Ministerpräsident auf der großen Bühne der Weltpolitik. Horst Seehofer auf Augenhöhe mit dem russischen Staatspräsidenten – das war das Bild, das von den mitreisenden Journalisten nach Hause transportiert werden sollte. Doch es waren nicht die Zeiten, in denen eine herzliche Beziehung zu einem Mann wie Vladimir Putin Imagegewinne im Westen versprach. Auch aus den eigenen Reihen der

CSU wurde Kritik an Seehofers Moskaureise laut. Schließlich legte in diesen Tagen in Syrien der Diktator Bashar al-Assad gerade mit Putins Rückendeckung Aleppo in Schutt und Asche. Wegen der Annexion der Krim und der militärischen Übergriffe in der Ostukraine war Putin aus der G8-Gruppe der mächtigsten Wirtschaftsnationen verstoßen worden. Wenige Tage vor dem Seehofer-Besuch waren die Sanktionen verlängert worden, die die USA und die EU gegen Russland verhängt hatten. Sie hätten auch auf Bayern »massive Auswirkungen«, klagte Seehofer und forderte: »Es sollte zu Veränderungen kommen«. ² Kritikern, die ihm vorwarfen, die Außenpolitik der Bundesregierung zu konterkarieren und damit die im Grundgesetz angelegte Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zu missachten, hielt Seehofer entgegen: »Noch kein bayerischer Ministerpräsident hat sich daran gehalten«. ³ Das Bewusstsein, eine Sonderrolle in der föderalen Verfassungsordnung zu spielen, gehört zum hergebrachten Amtsverständnis bayerischer Ministerpräsidenten.

In den russischen Staatsmedien wurde Seehofer derweil als Gegner der Sanktionen gefeiert. Putin hofierte den CSU-Vorsitzenden, weil er wusste, dass er damit einen innenpolitischen Widersacher der Bundeskanzlerin aufwertete. Seehofer war in Deutschland seit Monaten der schärfste Kritiker Angela Merkels. Ihm politisches Gewicht zu verleihen hieß, die Grenzen der Macht der Kanzlerin zu markieren. Seehofer kam das innenpolitisch gelegen, Putin auf internationaler Ebene. Der russische Präsident nutzte in diesen Zeiten jede Gelegenheit, Spaltkeile in Politik und Öffentlichkeit einer westlichen Führungsmacht zu treiben.

Eine Granate aus Bayern

Kaum war Seehofer wieder in Deutschland gelandet, trieb er selbst den nächsten Keil zwischen sich und die Bundeskanzlerin. Noch auf dem Münchner Flughafen traf er sich unmittelbar nach der Landung mit dem Chefredakteur der *Passauer Neuen Presse* Ernst Fuchs und dessen Stellvertreter Alexander Kain zu einem Interview. In wenigen Tagen sollte in Passau die traditionelle Aschermittwochsveranstaltung der CSU stattfinden. Wie in früheren Jahren wollte der Parteivorsitzende mit einem Interview in der örtlichen Zeitung den Ton anschlagen, der

dann die Stimmung des politischen Aschermittwochs prägen sollte. »Was werden Ihre Hauptbotschaften am Aschermittwoch in Passau sein?«, lautete die Einstiegsfrage, die es Seehofer erlaubte, seine Agenda zu setzen. Die umstrittene Moskaureise sollte keine Rolle mehr spielen. Der CSU-Chef sprach stattdessen wieder über Deutschland und die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin. Und er sprach von der »Herrschaft des Unrechts«

Seehofer sagte nicht etwa, die Politik der Bundesregierung sei verfassungswidrig oder verstoße gegen deutsches oder europäisches Recht. Das hätte sich überprüfen lassen. Die bayerische Staatskanzlei selbst hatte schon im Herbst 2015 ein Gutachten bei dem ehemaligen Verfassungsrichter Udo Di Fabio in Auftrag gegeben und damit gedroht, eine Klage beim Bundesverfassungsgericht zu erheben. Doch auf die Frage der Passauer Journalisten, ob er mit dem Gang nach Karlsruhe nun ernst machen werde, antwortete der Ministerpräsident, der sich selbst gerne als »Erfahrungsjurist« bezeichnet, ausweichend: Das sei Sache der Juristen, die Staatsregierung werde auf Nummer sicher gehen. Im gleichen Atemzug aber stellte Seehofer fest: »Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung«. Und sodann: »Es ist eine Herrschaft des Unrechts«.

Als das Interview publik wurde, schlug dieser Satz in Berlin ein wie eine Granate aus Bayern. Im Bundeskanzleramt machte sich blankes Entsetzen breit. Dass der Vorsitzende einer Regierungspartei der Bundeskanzlerin vorwirft, eine Herrschaft des Unrechts zugelassen oder sogar befördert zu haben, war einzigartig. Es war klar geworden, dass die Auseinandersetzung um die Flüchtlingspolitik eine neue Dimension angenommen hatte.

»Nach so einem Satz kann die CSU eigentlich nur noch ihre Minister aus der Koalition abziehen. Oder die Kanzlerin direkt aus dem Amt drängen wollen«, schrieb die *BILD*-Zeitung, die unter ihrem damaligen Chefredakteur Kai Diekmann im Sommer 2015 noch das Leitmedium der »Willkommenskultur« gewesen war. Die *FAZ*, die den Kurs der Bundesregierung von Beginn an kritisch begleitet hatte, fand: »Wenn Horst Seehofer eine ›Herrschaft des Unrechts‹ erleben wollte, hätte er ein paar Tage länger in Russland bleiben sollen«. Auch in der CSU selbst hatte das Interview Seehofers für Irritation und Missfallen gesorgt.

Seehofer ging in die Gegenoffensive. Er sah sich als Opfer einer »Empörungskampagne«.⁴ »Abenteuerlich« sei es, wie seine Äußerungen interpretiert worden seien, und: »Wenn ich eine Meinung habe, sage ich sie, und da muss niemand interpretieren. Und was ich nicht sage, meine ich auch nicht.«⁵ Was nicht gesagt wurde, sollte erklären, was gesagt wurde. Was tatsächlich gemeint war, blieb im Vagen. Das war typische Seehofer-Rhetorik: zunächst mit grellen Wortblitzen die Aufmerksamkeit auf sich lenken, um sich sodann hinter einem undurchsichtigen Nebel aus doppeldeutigen Formulierungen in Deckung zu bringen. Für Parteifreunde und Medien machte er sich damit immer wieder zu einer politischen Sphinx: Der CSU-Chef gab der Öffentlichkeit ebenso wie den eigenen Parteifreunden Rätsel auf und fütterte so eine emsig arbeitende Seehofer-Entschlüsselungsindustrie in den Medien und der eigenen Partei. Das Überangebot an Interpretationen erlaubte es ihm dann wiederum, auf dem weiten Feld der Seehofer-Exegese Haken zu schlagen und sich so in Sicherheit zu bringen.

Nah am Volk

Auch die Kommunikationsstrategie für den politischen Aschermittwoch 2016 beruhte auf dem Kalkül, ein Spiel mit den vorhersehbaren Mechanismen der öffentlichen Erregungsökonomie wagen zu können: erst durch gezielte Eskalation der Rhetorik eine Grundspannung aufbauen, dann eine große Verpuffung erzeugen. Danach – so der Plan – sollte sich die Luft wieder klären.

Der politische Aschermittwoch schien für eine solche Inszenierung den passenden Rahmen zu bieten. Die jährliche Veranstaltung ist ein urbayerisches Ritual. Wenn im Rheinland nach den tollen Tagen des Karnevals eine Zeit der Ruhe und Besinnung einkehrt, beginnt in Bayern ein politischer Ausnahmezustand. Die Ursprünge der Aschermittwochsveranstaltungen gehen in das späte 19. Jahrhundert zurück. Damals wandelte sich die Jahresversammlung des Bezirksbienenzüchtervereins am Rande des Viehmarkts in Vilshofen zu einer politischen Kundgebung, die mehr und mehr Bauern aus der ganzen Region anzog. In den Revolutionsjahren 1918/19 proklamierte der Bauernbund am Mittag des Aschermittwochs eine

Volksversammlung, die sich als Gegenöffentlichkeit zum politischen Establishment im Münchner Landtag verstand. Denen in München wollte man den Marsch blasen: Dort saßen Parteileute beisammen, gewählt nach einem elitären Zensuswahlrecht, das die Besserverdienenden privilegierte. Hier, in der niederbayerischen Provinz, versammelte sich zum Aschermittwoch das wirkliche Volk.

In ihrem Ursprung waren die Veranstaltungen Demonstrationen des Aufbegehrens gegen die Macht in der fernen Landeshauptstadt. Nach 1933 eignete sich die NSDAP die politische Aschermittwochstradition an. Durch die Wochenschauen sorgte der NS-Propagandaapparat für eine Verbreitung der Vilshofener Hetzreden weit über Bayern hinaus. In den 50er Jahren machte Franz Josef Strauß die Aschermittwochsveranstaltungen zur Bühne, auf der er sich schwitzend und donnernd als bayerische Gegenmacht der Bonner Republik inszenierte. So zelebrierte die CSU über Jahrzehnte erfolgreich ihr schillerndes Doppelwesen: faktisch Staatspartei und Opposition in einem zu sein. Auch wenn man in der Bundeshauptstadt selbst mit am Kabinetttisch saß, konnte man in Passau gegen die Regierenden in Bonn und später in Berlin wettern, die in ihren elitären Blasen nicht mehr zu wissen schienen, was das Volk in Wirklichkeit bewegte. Wegen des steigenden Andrangs hatte die CSU die Veranstaltung 1975 nach Passau verlegt.⁶ Bis zu 7000 politische Schlachtenbummler aus ganz Deutschland zieht das Spektakel jedes Jahr an. Wenn die Dreiländerhalle um 8:30 Uhr geöffnet wird, fiebern vor den Toren bereits Tausende dem Spektakel entgegen. Drinnen stehen Bier und Berge von Fischsemmeln bereit. Um Punkt zehn Uhr ziehen die Matadore der CSU unter den Klängen des bayerischen Defiliermarsches und dem Jubel der Masse in die Halle ein. Einen »politischen Pavianhügel«, nennt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Passauer Kundgebung.⁷ Als »größten Stammtisch der Welt« pflegt die Partei selbst ihre Traditionsveranstaltung zu bezeichnen.⁸

Aus Sicht der CSU verwirklicht sich hier der demokratische Populismus, den die bayerische Regionalpartei für sich in Anspruch nimmt. Er prägt ihre Rhetorik. Populismus in diesem Sinne heißt: nahe »beim Volk« sein, die Sprache »der Leute« sprechen; eine Sprache, die sich von den Zwängen politischer Korrektheit befreit und nicht jedes Wort im ätzenden Säurebad akademischer Inspektion reinigen muss. So